

Werte Bundesregierung, eine
Strategie ohne Ziele ist keine.
Eine Strategie-Kommentierung
ohne Strategie funktioniert nicht.

Stellungnahme zum Entwurf der
Bundesregierung einer neuen
Nachhaltigkeitsstrategie vom 31. Mai 2016

Dresden, 30. Juli 2016

Seite 1 von 22

Die Bundesregierung hat am 31. Mai 2016 parallel zur Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung ihren Entwurf für eine erneuerte deutsche Nachhaltigkeitsstrategie herausgegeben. Gleichzeitig hat sie alle interessierten Bürger und Organisationen dazu aufgerufen, diesen Entwurf zu kommentieren.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung so offen zur Stellungnahme aufruft. Wir begrüßen auch die klare Stellungnahme und die Willensbekundung der Bundesregierung zu einer verstärkten Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung in fast allen Bereichen des Lebens und Handelns.

Zusammengefasst müssen wir allerdings sagen, dass es oft bei Willensbekundungen bleibt und die geplanten Maßnahmen meist nicht ausreichend sind. Wo wir in der internationalen Staatengemeinschaft davon reden konsequent und zeitnah Änderungen anstoßen zu müssen, unter anderem um dem Klimawandel entgegenzuwirken, **da sind die Ziele der Bundesregierung viel zu schwach gesetzt.**

Was wir bislang im Entwurf an Zielen sehen, sind eher einzelne geplante Maßnahmen, die zudem viel zu oft in ihrer Umsetzung nicht messbar sind. Wir hätten uns echte Zielformulierungen und abgeleitete messbare Unterziele erhofft, denn nur so können Ziele systematisch verfolgt und erreicht werden.

Einen weiteren großen Kritikpunkt sehen wir im methodischen Vorgehen der Bundesregierung. **In dem vorgelegten Entwurf wird darauf verwiesen, dass die „indikatorengestützten politischen Ziele“ (S. 50) zur Endfassung der Strategie ergänzt werden. Dieses Vorgehen karikiert unserer Meinung nach das scheinbar partizipative Vorgehen Stellungnahmen einzufordern.** Wenn ein echter Diskurs zur Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands gewünscht wäre, würden konkrete auch quantitative Ziele zum Entwurf vorgelegt. In der jetzigen Art kann kein Stakeholder in einer Stellungnahme darauf eingehen, ob und warum ein Ziel als gerechtfertigt oder effektiv bewertet wird.

Unser Fokus bei der Kommentierung lag auf jenen SDGs, die Schnittstellen von Nachhaltigkeitspolitik und Wirtschaft bilden. Damit haben wir uns auf die Bereiche konzentriert, mit denen wir als plant values täglich umgehen und in denen wir am konstruktivsten beitragen können.

Einige Themen haben bei uns Fragen aufgeworfen, die wir nicht allein beantworten wollten. Zur Abhilfe haben wir eine **stichprobenartige Umfrage durchgeführt** und Diskussionen in den sozialen Medien geführt. Die Ergebnisse der Umfrage fließen in unserer Stellungnahme an den entsprechenden Stellen durch Diagramme verbildlicht ein.

Zu uns

Wir als plant values sind eine Beratung, die sich auf CSR spezialisiert hat. Unser Ansatz und erklärtes Ziel ist es, Unternehmen aufzuzeigen, dass ihnen gesellschaftliches und ökologisches Engagement geschäftliche Vorteile verschaffen kann und sie auf diesem Weg zu begleiten.

Genau das wollen wir zudem allen Unternehmen, egal welcher Größe oder Branche, ermöglichen. Denn wir sehen, dass Nachhaltigkeit in den kommenden Jahren eine immer intensivere Rolle in allen Wirtschaftsbereichen spielen wird und wir wollen auch kleineren Unternehmen oder spezielleren Branchen den Anschluss oder sogar eine Vorreiter-Rolle ermöglichen.

Wir als Unternehmen sehen unsere Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Natur nicht nur durch die Effekte unserer Beratung. Sondern auch aktiv durch direkte Aktivitäten. Unserer gesellschaftlichen Verantwortung kommen wir unter anderem durch offene Vorträge, Vorlesungen oder der Begleitung von Abschlussarbeiten nach. **So sehen wir auch unsere politische Verantwortung und dementsprechend bringen wir unsere Expertise zum Beispiel in Stellungnahmen wie der vorliegenden ein.**

Wir haben versucht, die Stellungnahme so zu gestalten und zu formulieren, dass sie für alle Interessierten verständlich ist und Anstoß zu weiteren Überlegungen sein kann; unter anderem indem wir Erklärungen oder Beispiele zu manchen Themen anführen.

Zur „Ausgangslage“ (S. 9 ff.)

Die Bundesregierung stellt den gesellschaftlichen und politischen Rahmen der nachhaltigen Entwicklung Deutschlands und auch unserer Erde gut heraus. Es ist richtig, dass Deutschland bereits eine lange Geschichte hat, wenn es um Nachhaltigkeit geht und auch der Wille zu einer Modernisierung ist voll unterstützenswert.

Das Thema von Wohlstand und Wachstum ist allerdings in vielen Debatten ein sehr diverses. Umso erstaunlicher, dass hier eine so klare Stellung bezogen wird, statt stärker zu differenzieren.

Begrifflichkeit Wachstum

Zunächst wünschen wir, dass der Begriff Wachstum in diesem Kontext definiert wird!

Ist nur die Rede von wirtschaftlichem Wachstum oder beinhaltet der Begriff auch einen Zuwachs an Bildung, kulturellem Angebot, vielleicht sogar politischer Aufgeklärtheit?

Wir müssen leider davon ausgehen, dass lediglich wirtschaftliches Wachstum gemeint ist.

"Nachhaltigkeit als Treiber für Wachstum"

Es wird richtig herausgestellt, dass Nachhaltigkeit „ein Treiber für mehr Wohlstand und Wachstum und eine Chance für die Wirtschaft sein [kann], neue Wege zur Wertschöpfung zu erschließen“ (S. 14).

Wird Nachhaltigkeit konsequent gedacht, so müssen sich zwangsläufig viele neue Wege zur Wertschöpfung erschließen. Denn um von den aktuellen Geschäftsmodellen zu nachhaltigeren Geschäftsmodellen zu gelangen, bedarf es vieler Neuerungen und Innovationen.

Allerdings ist die Aussage der Bundesregierung zu undifferenziert und impliziert beim Leser, dass unser Wirtschaftssystem sich komfortabel weiterentwickeln kann und dabei ein nachhaltigerer Zustand erreicht wird.

Diese Implikation ist leider falsch, da falschherum gedacht.

Eher ist es anders herum: Nicht dass Nachhaltigkeit Treiber sei, denn Nachhaltigkeit ist der Zustand, den es zu erreichen gilt. Sondern dass nur eine starke Veränderung unserer Wirtschaftsweise zu einer nachhaltigen Entwicklung führen kann.

Das heißt ja gar nicht, dass Unternehmen Angst vor dieser Veränderung haben müssen. Sie müssen sich nur intensiv damit beschäftigen, wie sie ihr Geschäftsmodell so **transformieren** können, dass sie zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen,

Wir fordern von der Bundesregierung, dass eben jene Transformation stärker gefordert und durch Anreize und Rahmenbedingungen gefördert wird.

„Nachhaltigkeit ist ohne Wachstum nicht zu erreichen“ (S. 14)

Diese Aussage der Bundeskanzlerin führt das Prinzip Nachhaltigkeit ad absurdum.

Wieder vorausgesetzt, es sei hier das wirtschaftliche Wachstum gemeint, so widerspricht dies der einfachsten Erklärung von Nachhaltigkeit: nämlich, dass nicht mehr Ressourcen aufgebraucht werden dürfen, als sich wieder regenerieren können oder sie aktiv regeneriert werden können. In unseren Wirtschaftssystemen ist wirtschaftliches Wachstum sehr stark an die Herstellung von materiellen Gütern gekoppelt und damit an den Verbrauch von Ressourcen. Wo wir heute schon wissen, dass wir viele natürliche Ressourcen stärker nutzen, als wir es für eine nachhaltige Weise dürften, kann ein weiterer Mehrverbrauch dieser Ressourcen nicht zu einer nachhaltigeren Entwicklung führen!

Natürlich bedarf es technologischer Neuerungen, um zum Beispiel die Versorgung mit erneuerbaren Energien zu erreichen. Allerdings ist dies keine Begründung für ein allgemeines, sondern lediglich ein sektorales Wachstum.

Wenn die Bundeskanzlerin an der Aussage festhalten will, fordern wir den Mut unsere Wirtschaftsweise anzugreifen, die materielle Produktion einzuschränken und stärker neue Konzepte in Form von immateriellen Dienstleistungen zu fordern.

Zu SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (S. 124 ff.)

Deutschland als eine der umweltschonendsten Volkswirtschaften

Zur Einleitung des Kapitels zum SDG 8 wollen wir loben, wie oft und vehement betont wird, dass „Deutschland [...] zu einer der effizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften weltweit werden [soll]“ (S. 126).

Wir hoffen sehr, dass diesem großen Ziel aktiv nachgegangen wird und sich nicht auf den bisherigen Fortschritten ausruht wird. Schließlich bestehen noch genügend Defizite auf dem Weg dahin und auch in der Kommunikation. Die nächsten Absätze gehen darauf ein.

In unserer Befragung haben wir die Frage gestellt, worin „der Schlüssel“ zu einer nachhaltigen wettbewerbsfähigen Wirtschaft gesehen wird und eine eindeutige Mehrheit hat sich für das Prinzip der Kreislaufwirtschaft ausgesprochen, deutlich vor reiner Ressourceneffizienz. Das ist für uns und kann auch für die Bundesregierung ein erster Indikator für das Bewusstsein der Bürger gegenüber Kreislaufwirtschaft sein.



„Wirtschaftswachstum“ – angemessen, nachhaltig, notwendig?

Angemessenes Wachstum

Die Bundesregierung spricht von „angemessenem Wirtschaftswachstum“ (S. 125). Leider wird nicht darauf eingegangen, was angemessen bedeutet.

Die interessantere Frage ist, welche Unter- und Obergrenze wir als Volkswirtschaft für ein Wirtschaftswachstum sehen und welche Szenarien sich für uns an ein geringes oder ein sehr hohes Wachstum knüpfen.

Man kann sogar weitergehen und Wirtschaftswachstum in Hinblick auf Ressourcenschonung auf materielle und immaterielle Güter aufteilen und betrachten. Dies würde auch die Verfolgung des Zieles der Bundesregierung erleichtern, „die Nutzung natürlicher von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln“.

Dahingehend erachten wir eine Stellungnahme der Bundesregierung für notwendig, in welchem Bereich sie ein Wirtschaftswachstum als angemessen erachtet und an welchen Kriterien sie dies festmacht.

Wachstum und Wohlstand und das BIP

Im Weiteren sagt die Bundesregierung, dass „Wirtschaftliches Wachstum [...] eine Grundlage des Wohlstands in Deutschland [sei]“ (S. 125).

Je nachdem, ob diese Aussage hier reflektiv oder allgemein normativ getroffen wird, bitten wir die Bundesregierung um eine Quelle, um dies zu belegen. Ob bzw. bis zu welchem Level ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand sei, ist oft genug Kern aktueller und kontroverser Diskussionen. Dessen sollte sich die Bundesregierung bewusster sein und differenziertere Aussagen treffen. Zumindest eine multidimensionalere Betrachtung, gegebenenfalls nach Stakeholdern differenziert scheint uns hier sinnvoll.

Die Bundesregierung bezieht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator unter der Überschrift „Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern“ ein.

Zunächst wollen wir anmerken, dass das BIP bzw. dessen „eng verwandter“ Indikator das BNE zu dessen Entwicklung durch Simon Kuznets in den 1940er Jahren durch eben jenen als ungeeignet in vielerlei Hinsicht beschrieben wurde. Robert F. Kennedy hat Kuznets Kritik gut zusammengefasst und gesagt, das BNE „misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht“.

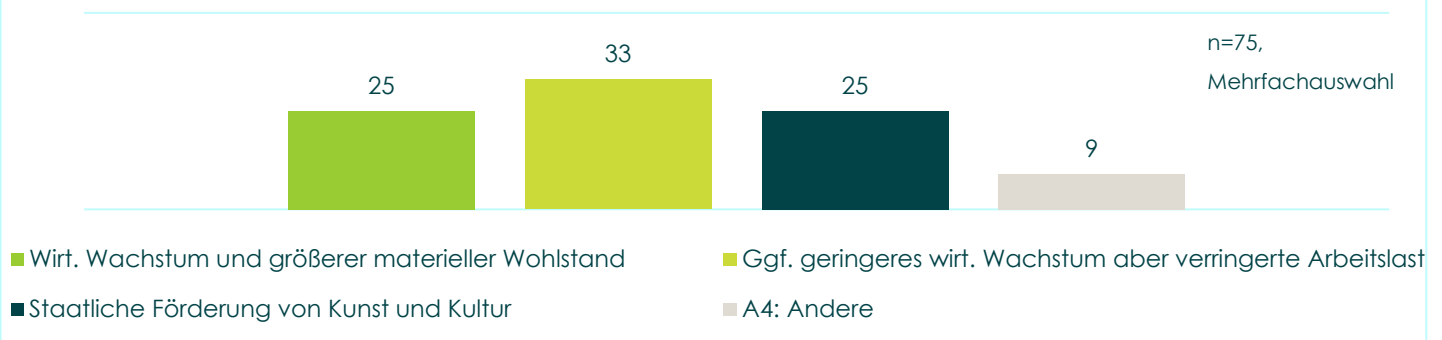
Tatsächlich sagt das BIP natürlich etwas über die Wirtschaftsleistung aus, aber nicht, ob diese umwelt- und sozialverträglich ist. Die Bundesregierung sagt, sie „betrachtet die wirtschaftliche Leistung als wesentlichen Indikator für den materiellen Wohlstand der Menschen, die in einem Land leben“ (S. 140). Neben der Tatsache, dass der enorme Anteil ehrenamtlicher Arbeit NICHT in das BIP einfließt und das BIP auch keine Bildungsqualität, Gesundheit oder Kulturgüter einrechnet, wird das BIP auf der anderen Seite zum Beispiel durch gesellschaftliche oder Naturkatastrophen teils sogar gesteigert. Mehr noch: Die Kosten zur Behebung negativer Folgen wirtschaftlichen Wachstums (Umweltzerstörung, Ausbeutung in Lieferketten, ...) fließen ebenso in das BIP ein, womit ein bestimmter Anteil des „Wohlstandsindikators“ tendenziell Indikator für einen gewissen temporären Wohlstandsverlust ist.

Um Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Wirtschaftsleistung zu bestimmen und steuern, schlagen wir eine Aufspaltung des BIP vor. Die genauen Bezugsgrößen müssten erarbeitet werden.

Außerdem scheint es, dass die Bundesregierung das BIP selbst nur als Indikator für materiellen Wohlstand erachtet. In einem wohlhabenden Land wie Deutschland mangelt es den wenigsten an materiellem Wohlstand und es sollte längst der große Schritt stattfinden intensiv am immateriellen Wohlstand (Bildung, Kultur, Werte etc.) zu arbeiten. **Wir finden, die Bundesregierung sollte intensiv nach geeigneten Indikatoren für immateriellen Wohlstand suchen.**

Auch die Ergebnisse unserer stichprobenartigen Befragung lassen nicht darauf schließen, dass materieller Wohlstand als wichtiger erachtet wird, wenn es um die Verbesserung der Lebensqualität geht. Eher werden sogar eine verringerte Arbeitslast und damit auch ein möglicherweise geringeres Wirtschaftswachstum als förderlich für die Lebensqualität angesehen.

Was ist für euch eine wesentliche Grundlage zur Verbesserung eurer Lebensqualität?



Investitionen für nachhaltiges Wachstum – bitte klar positionieren

Zum Thema Wachstum noch ein letzter Kritikpunkt. Die Bundesregierung schreibt: „Ausgehend von einer günstigen wirtschaftlichen Lage setzt die Bundesregierung ihre auf Investitionen und nachhaltiges Wachstum ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik fort“ (S. 141).

Leider wird hier die Wässrigkeit des Begriffs „nachhaltig“ ausgenutzt. Es ist nicht klar, worauf sich die Bundesregierung mit diesem Terminus bezieht. Typischerweise würde die Aussage so gedeutet, dass derart in die Wirtschafts- und Finanzpolitik investiert wird, dass das reine wirtschaftliche Wachstum bestehen bleibt oder gar steigt. Damit ist keine Silbe darüber verloren, ob und wie Investitionen an Kriterien geknüpft würden, die garantieren, dass auch gesellschaftliche und ökologische Aspekte bei der Investitionsentscheidung eine Rolle spielen.

Wir fordern eine klare Positionierung, ob man "für eine nachhaltige Entwicklung angemessenes Wachstum" oder "beständiges wirtschaftliches Wachstum" mit besagten Investitionen fördern will.

Innovationsförderung – sehr gern, aber bitte zukunftsweisend

Zukunftsweisend will die Bundesregierung bestehende Innovationen und Innovationspotenziale stärker fördern (S. 125).

Mit dem Ziel „Deutschlands Position im Wettbewerb der Wissensgesellschaften zu stärken“ sehen wir den Kern und das Potenzial von Innovationsförderung allerdings verfehlt. Natürlich tragen Innovationen zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Wachstumspotenzial bei. Viel eher bieten Innovationen (und das gerade im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie) aber die Chance neue Konsum- und Produktionsmuster oder neue Wirtschaftsweisen zu erdenken und zu erarbeiten!

Weiterhin finden wir es schade und fast schon zu kurz gegriffen, wenn die Bundesregierung ihre Innovationsförderung scheinbar lediglich in der Hightech-Strategie bündelt. Wir finden ebenso, dass Innovationen im Hightech-Bereich wichtig sind für Entwicklungen in fast allen Bereichen. Durch den alleinigen Fokus auf Hightech werden allerdings weniger technologieelastige Innovationen vernachlässigt. Als nur eines von

vielen Beispielen trägt der Bereich der Social Businesses enorm dazu bei, für (meist gesellschaftliche) Probleme innovative Lösungen zu finden. **Entsprechend wünschen wir eine Ergänzung dazu, wie Innovationen außerhalb des Hightech-Feldes gefördert werden sollen.**

Des Weiteren kritisieren wir die thematische Unspezifität der Innovationsförderung. Die Bundesregierung geht nicht darauf ein, welcher Fokus bei der Förderung verfolgt werden soll. So scheint es, als würden aktuell auch Innovationen im Bereich Braunkohleabbau oder Kernenergie gefördert werden können, solange diese genug Hightech-Anteil hätten. Beide Beispiele wären aber keine konsequenten Schritte auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung.

Wir fordern also die Ausrichtung der Innovationsförderung entlang einer nachhaltigen Entwicklung oder gar Förderkriterien, die den Beitrag einer Innovation zur nachhaltigen Entwicklung verankern.

Ressourceneffizienz oder Ressourceneffektivität?

Die Bundesregierung formuliert das große Ziel „den Einsatz natürlicher Ressourcen stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln, die Effizienz fortlaufend zu steigern und perspektivisch die Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen zu reduzieren“ (S. 168). Dies unterstützen wir voll und ganz.

In den darauffolgenden Ausführungen wird allerdings vor allem darauf eingegangen, wie Ressourceneffizienz gefördert werden soll. Ressourceneffizienz ist ein wichtiger erster Schritt, trägt allerdings nicht per se effektiv zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Was meist als Rebound-Effekt diskutiert wird, ist typisches Szenario, wenn Unternehmen (ressourcen)effizienter agieren: können sie 20% einer Ressource (sei es immateriell wie Zeit oder Arbeitskraft oder materiell wie Holz) einsparen, wird die eingesparte Ressource direkt oder als eingespartes Kapital in neue Prozesse oder eine Produktionssteigerung investiert. Damit hat man in Summe keine Ressource gespart.

Dies sollte nur verbildlichen, was wir von der Bundesregierung in Konsequenz erwarten:

Wir erwarten einen Plan, der nicht einfach darauf hofft, dass Ressourceneffizienz auf volkswirtschaftlicher Ebene zu Ressourceneinsparung führt, sondern einen Plan, der aktiv die Nutzung natürlicher Ressourcen vermindert.

Veränderung von Produktion und Konsum

„Die Realisierung einer Green Economy erfordert veränderte Produktions- und Konsumweisen, damit auch weltweit für die kommenden Generationen Wohlstand und eine hohe Lebensqualität gesichert werden können“ (S. 127)

Wie in so vielen anderen Bereichen, sind die Ziele der Bundesregierung, um Produktions- und Konsummuster zu verändern, unserer Meinung zu schwach ausgelegt. Es sollen Forschungsagenden weiterentwickelt werden, Plattformen wie jene zu Green Economy setzen Impulse, aber weiterreichende Anreize für Wirtschaft und die einzelnen Unternehmen ihre Produktionsweise wirklich zu hinterfragen, werden sich nicht zum Ziel gesetzt. Wir meinen, dass der aktuelle Ansatz eines kleinschrittigen Anstoßens jenes Transformationsprozesses mehr Zeit in Anspruch nimmt, als wir haben. Wenn die SDGs erfüllt werden sollen, dann müssen größere Schritte erfolgen und dann müssen auch

konsequenterer und vielleicht auch offensiverer Maßnahmen ergriffen werden. **Um die wirtschaftlichen Akteure zu einem Umdenken hin zu mehr Kreislauffähigkeit, Ressourcenschonung und Service-Denken zu bewegen, muss die Regierung mehr Anreize schaffen (Subventionen, Vergünstigungen) oder restriktiver vorgehen (Sanktionen, Abgaben).**

Es kann zum Beispiel verstärkt auf bestehende Standards zurückgegriffen werden und Unternehmen könnten für die Einhaltung solcher Standards oder die Implementierung der Instrumente stärkere Vorteile erhalten:

- Zertifizierte Umweltmanagementsysteme (ISO 14001, EMAS)
- Standards wie Cradle to Cradle, die Produkte in ihrer Nachhaltigkeit bewerten
- Dienstleistungen, die unabhängig sind von materiellen Ressourcen
- Verringere CO₂-Emission bei (funktionierendem) Emissionshandel

Globale Verantwortung – Bedingungen in Lieferketten

Durch anhaltende Skandale und die dauerhafte mediale Präsenz rücken Auswirkungen von Produkt-Lieferketten immer weiter ins Bewusstsein der Konsumenten. Die Bundesregierung erkennt die Verantwortung, „sich weiterhin gemeinsam mit Wirtschaft, aber auch mit der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften für die Verbesserung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen in globalen Lieferketten einzusetzen“ (§. 145).

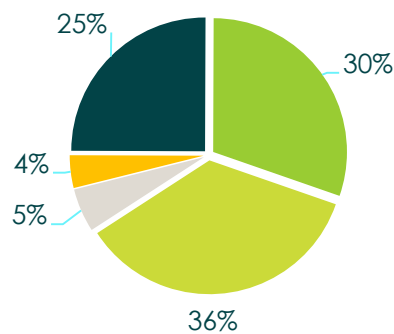
Allerdings bleibt dieses Ziel genauso unpräzise stehen, wie im obigen Wortlaut. Außer dem Willen „die Erfahrungen aus dem Textilsektor perspektivisch auf andere Sektoren zu übertragen“ wird nicht darauf eingegangen, wie Bedingungen in Lieferketten verbessert werden sollen.

Das greift unserer Ansicht nach viel zu kurz und ist angesichts Kinderarbeit, Konfliktminerale und Umweltzerstörungen entlang Lieferketten ausgesprochen unambitioniert. Wir hoffen, dass die vehemente Aussprache Minister Müllers zur Nachhaltigkeitskonferenz für strengere verpflichtende Standards in Lieferketten keine Lippenbekenntnisse waren, sondern sich tatsächlich mit solchen Maßnahmen beschäftigt wird.

Um unserer globalen Verantwortung entlang Lieferketten nachzukommen, bedarf es strengerer Auflagen hinsichtlich der Prüfung und Einhaltung von Mindestanforderungen in gesellschaftlicher und ökologischer Hinsicht. **Wir fordern die Bundesregierung auf, Ziele zu setzen, die solche Auflagen enthalten, wenn sie es ernst meint die Bedingungen entlang Lieferketten zu verbessern.**

Auch unsere Befragung zeigt, dass sich gewünscht wird, dass Unternehmen viel stärker in die Pflicht genommen werden sollten, strengere Standards bei ihren Zulieferern anzusetzen.

Wie stark sollten Unternehmen verpflichtet werden, von ihren internationalen Zulieferern gewisse Standards zu verlangen?



n=75

- Gar nicht. Es ist nicht unser Problem, wenn andere Länder keine Standards haben.
- Moderat. Standards zu menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit oder Konfliktmetallen
- Stark. Standards zum Arbeitsschutz bei Zulieferern
- Stark. Standards, die Zulieferern bessere Lebensbedingungen ermöglichen
- Andere

Zu SDG 12 „Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster“ (S. 167 ff.)

Abfallvermeidung

Kreislaufwirtschaft ist ein elementares Prinzip, wenn man von einer nachhaltigen Wirtschaftsweise spricht. Die aktuellen Bemühungen der EU und der Bundesregierung in Bezug auf Kreislaufwirtschaft zielen stark darauf ab, bereits bestehende Produkte nach ihrer Nutzung effektiv in den Kreislauf zurück zu führen. Der konsequente und notwendige Schritt ist, dass Produkte bereits in der Phase des Designs auf Kreislauffähigkeit und Reparierbarkeit ausgelegt werden. Die Bundesregierung arbeitet hierfür an „Maßnahmen für eine stärkere Berücksichtigung von Aspekten wie Lebensdauer, Reparaturfreundlichkeit und Recyclebarkeit im Produktdesign“ (S. 171).

Leider wird auch hier erneut nicht darauf eingegangen, welche Maßnahmen es denn sein sollen, die Anreize für Unternehmen schaffen, ihr Produktdesign zu überarbeiten.

Wir fordern konkretere Ziele und die Nennung von Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um Anreize zu schaffen, Kreislauffähigkeit und Reparierbarkeit ins Produktdesign zu integrieren.

Nachhaltige Produkte und Produktion

Produktkennzeichnung

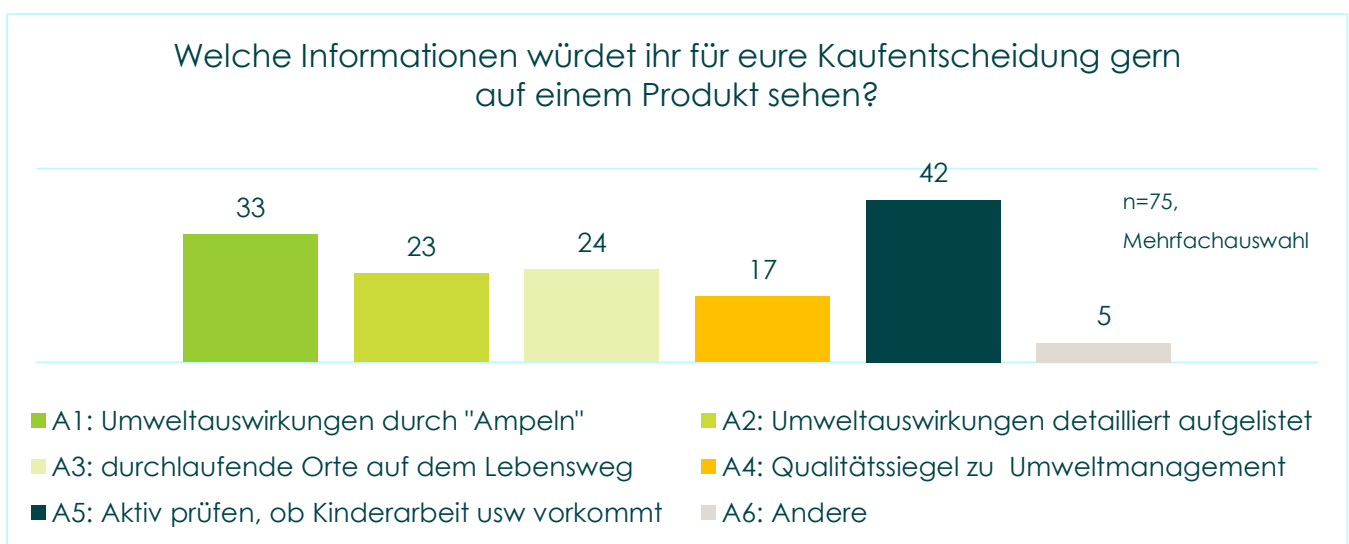
Die Bundesregierung will den „Marktanteil von Produkten und Dienstleistungen, die mit glaubwürdigen und anspruchsvollen Umwelt- und Sozialsiegeln ausgezeichnet sind“ (S. 172) weiter erhöhen. Aktuell besteht der Indikator nur aus dem (teil-)staatlichen Siegel blauer Engel (nur umweltbezogen) und die Bundesregierung schreibt ebenso, dass dieser Indikator um soziale Aspekte erweitert werden muss.

In der Beschreibung der geplanten weiteren Maßnahmen wird allerdings nur darauf eingegangen, dass Konsumenten und Organisationen weiter über nachhaltigen Konsum aufgeklärt werden sollen.

Wir wünschen einen detaillierteren Plan und überhaupt erst einmal das Ziel dazu, den Indikator um gesellschaftliche Aspekte zu erweitern.

Um stichprobenartig herauszufinden, was Konsumenten als angezeigte Produktinformation wichtig ist, haben wir in unserer Umfrage die Frage gestellt: „Welche Informationen würdet ihr für eure Kaufentscheidung gern auf einem Produkt sehen?“. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass gesellschaftliche Aspekte eines Produktes mehr Befragten wichtig waren, als ökologische Aspekte. Das bekräftigt die Forderung nach einem Indikator, der gesellschaftliche Aspekte erfasst.

Weiterhin ist zu erkennen, dass scheinbar einfach verständliche Informationen gewünscht werden. Die Option „Umweltauswirkungen als Ampel“ dargestellt zu bekommen, schien attraktiver als detaillierte Angaben zu Umweltauswirkungen.



Nachhaltige Produktion

Mit dem Ziel, den „Anteil nachhaltiger Produktion stetig zu erhöhen“ (S. 176) beschreibt die Bundesregierung in ihren Ausführungen die Stärkung des Umweltmanagementsystems EMAS. Wir sind auch dafür, dass mehr Unternehmen ein Umweltmanagementsystem einführen sollten, besonders, wenn daran eine Verbesserung der Umweltleistungen geknüpft ist. Sieht man sich an, dass in Deutschland

rund 1.200 Unternehmen EMAS-zertifiziert sind (laut DIHK, Stand 2015) und dem gegenüber rund 6.000 Unternehmen ISO14001-zertifiziert (laut UBA, Stand 2013), dann wird ersichtlich, dass ein Indikator, der nur EMAS-zertifizierte Unternehmen erfasst, unzureichend ist, um zu beschreiben, wie sich die Anzahl Unternehmen entwickelt, die an ihrer Umweltfreundlichkeit arbeiten.

Dieser Indikator sollte also mindestens um den (meist gleichwertig betrachteten) Standard ISO14001 ergänzt werden.

Was wir als viel größeres Manko betrachten, ist, dass das Ziel zu mehr nachhaltiger Produktion mit dem Indikator „Umweltmanagementsystem“ unzureichend auf die ökologische Produktionskomponente reduziert wird.

Nachhaltige Produktion enthält ganz immanent auch gesellschaftliche Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. Leider geht die Bundesregierung nicht einmal in ihren Ausführungen zu diesem Ziel auf gesellschaftlich relevante Aspekte der Produktion ein. Auch in den geplanten Maßnahmen wird nicht von einem Ausbau dahingehend gesprochen.

Bislang haben sich keine Standards zu Nachhaltigkeits-Managementsystemen etabliert. Die ISO26000 ist ein Ansatz, der allerdings nicht zertifizierbar ist. Ein anderer interessanter Ansatz, der gerade Verbreitung findet, ist die Gemeinwohlbilanz (der Organisation Gemeinwohlökonomie), wobei Unternehmen mit einem Punktwert zu ihren Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft bewertet werden.

Wir würden uns wünschen, dass die Bundesregierung mehr Engagement zeigt, Standards zu erarbeiten oder auszubauen, die gesellschaftlich relevante Aspekte der Produktion aufnehmen.

Zudem würden wir es sehr begrüßen, wenn öffentliche Institutionen hier eine Vorbildfunktion einnehmen und ihre Beschaffung komplett verpflichtet auf höhere Standards zu achten. Auch die Novellierung des § 97 Abs. 4 GWB (Vergaberecht) darf dahingehend ausgeweitet werden, dass öffentliche Ausschreibungen nicht nur auf ökologische und gesellschaftliche Aspekte achten können, sondern dies müssen.

Externe Effekte – ausgelagerte Verantwortung zurück ans Unternehmen geben

Im kompletten Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie werden externe Effekte genau einmal in einem kurzen, nichtssagenden Satz erwähnt: „Zudem plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen, um externe Effekte insbesondere bei Konsumgütern stärker einzubeziehen“ (S. 175).

Externe Effekte und die resultierenden externen Kosten stellen aus Sicht aller uns bekannten Debatten ein Markt- bzw. Systemversagen dar. Genau diese externen Effekte sind der Grund, warum so ausgiebig über die (Rück-)übernahme der Verantwortung von Unternehmen diskutiert wird. Wir finden, dass die Bundesregierung dafür zu wenig auf konkrete und vor allem stärker systemisch bezogene Ansätze eingeht, um externe Effekte zu internalisieren. Eine schwammige Aussage wie die, dass weitere Maßnahmen zur Internalisierung geplant sind, ist nicht ausreichend für einen Strategieentwurf.

Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre „geplanten Maßnahmen zur Einbeziehung externer Effekte“ klar darlegt und verstärkt ihre wirtschaftspolitischen Steuerungselemente (z. B. „Öko-Steuern“, Subventionen) einsetzt, um Unternehmen ihre externen Effekte internalisieren zu lassen.

Konsumreduzierung – konsequenter Schritt, aber traut man sich dahin?

Der nachhaltigste Konsum ist kein Konsum.

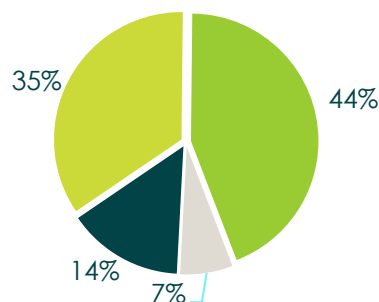
Die Bundesregierung sollte den Mut beweisen, über Anreize nachzudenken, die den Konsum generell mindern. Es sollen Forschungsprogramme zu Rebound-Effekten aufgesetzt werden und die Ressourceneffizienz soll stark gesteigert werden. Die Forschungen werden aussagen, dass mehr Effizienz meist zu mehr Konsum führt.

Wir möchten, dass auch Forschungsprogramme aufgesetzt werden, die untersuchen, wie man das Konsumverhalten zu weniger Konsum bewegt. Und andere die untersuchen, wie man Geschäftsmodelle stärken kann, die auf weniger materiellen Konsum und verstärkt auf Dienstleistungen / auf die reine Erbringung eines Nutzens ausgerichtet sind.

Wir wünschen von der Bundesregierung sich ernsthaft mit dem Thema Konsumreduzierung auseinanderzusetzen.

Auch bei diesem kontroversen Thema zeigt sich in unserer Befragung die eindeutige Tendenz, dass man gewillt ist, den eigenen Konsum einzuschränken, weil man sich wahrscheinlich bewusst ist, welche gravierende Auswirkungen dies hat.

Angenommen die Bundesregierung fördert, dass der Einzelne nicht nur "besser" sondern vor allem WENIGER konsumiert. Was würde das für euch bedeuten?



n=75

- Nicht akzeptabel; Das wäre ein Eingriff in meine persönliche Freiheit.
- Es fiel mir schwer; aber ich würde es unterstützen, mein Konsumverhalten hinterfragen.
- Ich würde es sofort unterstützen; Ich versuche bereits weniger zu konsumieren.
- Andere

Zu SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ (S. 179 ff.)

Emissionshandel

Im kompletten Kapitel zu SDG 13 wird lediglich in einem Satz erwähnt, dass Deutschland am Emissionshandel teilnimmt.

Es wurde in Europa damit ein Instrument etabliert, das potentiell eine marktgestützte Senkung der THG-Emissionen erzwingt. Die Ansicht wird auch von vielen Forschern und Experten geteilt.

Man hat nun in den letzten Jahren festgestellt, dass der Mechanismus nicht ausgereift ist, nicht die gewünschten Effekte erzielt hat und Verbesserungen bedarf. Und nun scheint es, dass dieses potenziell wirksame Instrument nicht weiter beachtet wird und in der Nachhaltigkeitsstrategie auch keine Funktion finden soll.

Wir fordern hier mehr Mut zu Unbequemen Verhandlungen und mehr Druck auf die Industrie durch eine Neuauflage und durch restriktive Mechanismen (Verknappung der Zertifikate etc.).

Fazit und Handlungsauftrag

Für die Bundesregierung

Wie eingangs schon erwähnt, sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf in der Strategie. Wir wollen noch einmal betonen, dass die benannten Maßnahmen und Ziele unserer Meinung nach nicht ambitioniert genug sind, um die international besprochenen Ziele zu erreichen. Um vor allem dem Klimawandel zu begegnen und eine gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung global zu erreichen, muss sich Deutschland als einer der Vorreiter und Hauptakteure stärker engagieren.

Schwach gesetzte Ziele sind zwar kurzfristig im Diskurs mit Gesellschaft und Wirtschaft weniger kontrovers, riskieren aber einen angemessenen Lebensstandard für alle folgenden Generationen und bereits heute den Lebensstandard von Millionen Menschen weltweit, die von unserem Handeln betroffen sind.

Ein Vorbild oder ein Standort für innovative Gesellschafts- oder Wirtschaftsmodelle wird Deutschland so nicht.

Für uns

Wir werden die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie weiter verfolgen. Besonders für deren Umsetzung sind wir nun darauf sensibilisiert, worauf es zu achten gilt, um unserer politischen Verantwortung in Form von Engagement, Kritik und Diskurs nachzukommen. Trotzdem hat uns die Lektüre des Entwurfs auch auf viele andere Initiativen aufmerksam gemacht, die unseren persönlichen und beruflichen Horizont zur Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland erweitern.

Für Unternehmen

Die Nachhaltigkeitsstrategie macht deutlich, dass Unternehmen in den kommenden Jahren immer stärker teils motiviert, teils verpflichtet werden, ihre Geschäftsmodelle stärker nach gesellschaftlichen und ökologischen Kriterien zu hinterfragen und umzustellen.

Gerade weil dies aber alle Unternehmen betreffen wird, ist dieser Prozess nicht als Schwächung zu sehen, sondern als Chance nun Geschäftsmodelle zu etablieren, die einen größeren gesellschaftlichen Mehrwert schaffen ohne dabei einen Wettbewerbsnachteil zu erzeugen; eher wird dieser neue Mehrwert ein Vorteil sein!